

**Thema:** Frauen, Raab, Mädchenberatungsstellen, Mädchen, Gewaltschutzzentren, Frauenministerin

**Weblink:** [Artikel öffnen](#)

## Mädchenberatungsstellen fordern mehr Ressourcen wegen 30 Prozent mehr Anfragen



Die Zahl der

Der Anstieg bei der Nachfrage sei "alarmierend", die kurzfristigen, staatlichen Förderungen seien ein großes Problem, heißt es von den Beratungsstellen

Wien – Die Mädchenberatungsstellen sind unter Druck: Zuletzt sei die Nachfrage nach Beratungen um 30 Prozent gestiegen, hieß es am Dienstag bei einer Pressekonferenz. Es seien dringend mehr Ressourcen nötig – im Schnitt eine zusätzliche Beraterinnenstelle pro Einrichtung, sagte Sophie Hansal, Geschäftsführerin des Netzwerks österreichischer Frauen- und

Mädchenberatungsstellen. Vor allem aber brauche es eine fixe Basis statt Projektfinanzierung und damit endlich Planungssicherheit.

Die Lage sei brenzlich und der Anstieg beim Bedarf "alarmierend", führte Hansal aus. Das Netzwerk vertritt 64 Frauen- und Mädchenberatungsstellen in allen Bundesländern, insgesamt gibt es mehr als 150 solcher Einrichtungen. Ein Drittel der Mädchen und jungen Frauen sei "unzufrieden mit ihrem Leben", zudem sei die Zahl der psychiatrischen Diagnosen in der Zielgruppe gestiegen. Zum Beispiel sei die Zahl der Mädchen mit Essstörungen seit der Pandemie um 30 Prozent gestiegen. Die Fälle würden immer komplexer und die Probleme verborener, und 93 Prozent der jungen Frauen zwischen 16 und 24 fühlten sich von der Politik nicht ernstgenommen.

Jedes Jahr neu um Förderungen ansuchen "Multiproblemlagen führen auch zu Problemen bei der Wohnsituation", schilderte Katharina Nickel vom Verein Frauen für Frauen (Niederösterreich). Schon rund ein Drittel aller obdachlosen weiblichen Personen in Österreich seien Mädchen und Frauen bis 24 Jahre. Viele seien sehr früh überschuldet und könnten die hohen Mieten nicht mehr stemmen. Dazu kämen Gewalterfahrungen und damit zusammenhängend oft abgebrochene Ausbildungen und fehlende soziale Netzwerke.

Bisher seien Betreuungskonzepte meist auf Frauen zugeschnitten gewesen, "die schon selbstständig wohnen können und mit geringerem Betreuungsaufwand wieder Fuß fassen", so Nickel. Bei der Zielgruppe der sehr jungen Frauen hingegen seien "oft mehr Betreuung und mehr Aufwand nötig" für den Weg in die Selbstständigkeit. Dafür gebe es aktuell aber kaum Konzepte.

Die jungen Klientinnen seien häufig so belastet, "dass sie sich nicht auf Beruf oder Ausbildung konzentrieren können", verwies Martina Fürpass von Sprungbrett (Wien) auf Problemlagen wie Wohnungslosigkeit, Armut, Gewalt. "Aber mit enger Beratung und langfristiger Begleitung schaffen sie es besser."

Dazu brauche es Planungssicherheit, waren sich die Fachfrauen einig, anstatt jährlich um Fördermittel ansuchen zu müssen. Aktuell sei "nicht sichergestellt, anders als etwa bei den Gewaltschutzzentren, dass die Arbeit im gleichen Ausmaß fortgesetzt werden kann", erläuterte Hansal. Damit könnten die Einrichtungen auch keine echte Jobsicherheit bieten. Die Forderung, Mittel langfristig als Basisfinanzierung zur Verfügung zu stellen, auch für Präventionsarbeit, richte sich an die künftige Regierung: "Beratungsarbeit ist keine Projektarbeit, aber so wird derzeit die Arbeit finanziert", so Hansal.

Die Förderungen für die Frauen- und Mädchenberatungsstellen seien seit dem Amtsantritt von Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP) fünf Mal in Folge und insgesamt um 153 Prozent angehoben worden, hieß es aus dem Ressort dazu. Man wisse um die wichtige Arbeit der Einrichtungen und habe sie seit 2019 deswegen "laufend gestärkt". Heuer gebe es etwa ein Plus bei den Fördermitteln von 5,76 Millionen im Vergleich zu 2023, insgesamt 13,911 Millionen Euro. Der "Förderungsauftrag 2024" sehe unter dem Titel "Maßnahmen zur Stärkung von Frauen und Mädchen" zwei Millionen Euro vor – mehr als 60 eingereichte Anträge dazu werden von der Fachabteilung geprüft. (APA, red, 18.6.2023)

DerStandard | 2024-06-18 | [Artikel öffnen](#)